



Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 16. März 2009

## N i e d e r s c h r i f t

### über die 13. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages

#### -öffentlicher Teil-

---

|                        |                                                                              |       |
|------------------------|------------------------------------------------------------------------------|-------|
| <b>Sitzungstermin:</b> | Montag, 02.03.2009                                                           |       |
| <b>Sitzungsbeginn:</b> | 18:03 Uhr                                                                    |       |
| <b>Sitzungsende:</b>   | 19:10 Uhr                                                                    |       |
| <b>Ort, Raum:</b>      | Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11,<br>Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal | 38300 |

---

#### Teilnehmerinnen/Teilnehmer

##### Kreistagsvorsitzender

Hasselmann, Rainer

##### CDU-Fraktion

Aust, Karl Otto  
Bötel, Bernhard  
Dinter, Ilona  
Großer, Elke  
Heinisch, Dirk  
Hopert, Horst  
Jahn, Ernst-Henning  
Koch, Manfred  
Lagosky, Uwe  
Löhr, Norbert  
Lorenz, Dieter  
Mühlenkamp, Ralf  
Oesterhelweg, Frank  
  
Schäfer, Uwe  
Seidenkranz, Gerhard  
Siebert, Britta  
Vogler, Birgit  
Wolf, Hans-Heinrich

Vorsitzender der CDU-  
Kreistagsfraktion

##### SPD-Fraktion

Bosse, Marcus  
  
Brandes, Katrin

Vorsitzender der SPD-  
Kreistagsfraktion

Deitmar, Reinhard  
Ganzauer, Oliver  
Hantelmann, Peter  
Hausmann, Michael  
Heider, Ute  
Kaatz, Detlef  
Koch, Harald  
Küchler, Helga  
Mohr, Peter  
Oberländer, Peter  
Polzin, Bruno  
Reichenpfader, Bärbel  
Resch-Hoppstock, Sabine  
Rupp-Brunswig, Dr. Heike  
Sandte, Michael  
Vree, Friedhelm  
Wiegel, Heike

#### **Bündnis 90 / Die Grünen- Fraktion**

|                  |                                                                |
|------------------|----------------------------------------------------------------|
| Brücher, Bertold | Vorsitzender der<br>Bündnis90/Die Grünen-<br>Kreistagsfraktion |
|------------------|----------------------------------------------------------------|

Fuder, Jochen  
Gerndt, Elisabeth  
Müller, Jan-Christian

#### **FDP- Fraktion**

|                                    |                                            |
|------------------------------------|--------------------------------------------|
| Fach, Thomas<br>Försterling, Björn | Vorsitzender der FDP-<br>Kreistagsfraktion |
|------------------------------------|--------------------------------------------|

#### **LINKS**

Kretschmer, Roland

#### **Von der Verwaltung**

|                          |                            |
|--------------------------|----------------------------|
| Röhmnn, Jörg             | Landrat                    |
| Schillmann, Claus Jürgen | Dezernent II               |
| Schäffer, Heike          | Dezernentin I              |
| Vogt, Kornelia           | Pressesprecherin           |
| Löb, Susanne             | Gleichstellungsbeauftragte |
| Kelb, Marco              | Protokollführer            |

#### **Es fehlen:**

#### **CDU-Fraktion**

Rautmann, Dirk  
von Veltheim, Alexander  
Wolff, Michael

#### **SPD-Fraktion**

Hensel, Falk

#### **NPD**

## **Tagesordnung:**

### **Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung (§§ 38 und 42 NLO)
3. Genehmigung der Niederschrift über die 12. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages am 08. Dezember 2008
4. Anfragen
- 4.1. Einwohnerfragestunde (§ 18 GO)
- 4.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)
5. Besetzung des Jugendhilfeausschusses;  
Berufung eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes für die Vertreter der Jugendverbände  
Vorlage: XVI-475/2008
6. Künftige Aufgabenwahrnehmung der Grundsicherung für Arbeitssuchende im Landkreis Wolfenbüttel;  
hier: Derzeitiger Verfahrensstand bezüglich der Neugestaltung der Organisationsstrukturen im Bereich des Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II)  
Vorlage: XVI-508/2009
7. Gewährung eines Kreiszuschusses an das Diakonische Werk der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig e. V. zur Erstellung einer Studie "Handlungsorientierte Sozialberichterstattung für das Braunschweiger Land"  
Vorlage: XVI-509/2009
8. Neufassung der Ermächtigung zur Gewährung von Sonderurlaub für Beamtinnen und Beamte sowie Beschäftigte  
Vorlage: XVI-514/2009
9. Über- und außerplanmäßige Ausgaben vom 18.10.2008 bis zum 14.01.2009  
hier: Unterrichtung gemäß § 65 NLO i.V.m. § 89 Abs. 1 Satz 4 NGO  
Vorlage: XVI-505/2009
10. Konjunkturpaket II - Sachstandsbericht des Landrates und Abstimmung des weiteren Vorgehens im Kreistag und seinen Ausschüssen
11. Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)

---

### **Öffentliche Sitzung**

## **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Hasselmann eröffnet um 18.03 Uhr die 13. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages und heißt die Erschienenen herzlich willkommen.

## **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung (§§ 38 und 42 NLO)**

Vorsitzender Hasselmann stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest und verweist auf den Antrag der Bündnis 90 / Die Grünen – Fraktion, die Tagesordnung um den Punkt „Konjunkturpaket II – Sachstandsbericht des Landrates und Abstimmung des weiteren Vorgehens im Kreistag und seinen Ausschüssen“ zu ergänzen.

*Der Antrag der Bündnis 90 / Die Grünen – Fraktion auf Erweiterung der Tagesordnung ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.*

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

### **Beschluss:**

Die Tagesordnung wird um den Punkt „Konjunkturpaket II – Sachstandsbericht des Landrates und Abstimmung des weiteren Vorgehens im Kreistag und seinen Ausschüssen“ erweitert. Unter Berücksichtigung der vorstehenden Änderung wird die Tagesordnung genehmigt.

## **TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die 12. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages am 08. Dezember 2008**

KAbg. Lorenz bittet um wortgetreue Wiedergabe der von Landrat Röhmann unter Tagesordnungspunkt 21 der 12. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages zitierten Sentenzen des G.E.Lessing.

*Hinweis der Verwaltung:*

*Landrat Röhmann führte die nachstehenden Zitate an:*

*„Die Ehre hat mich nie gesucht; sie hätte mich auch nie gefunden.“ (aus Lessing, „Ich“, Wittenberg 1752)*

*„Nicht die Wahrheit, in deren Besitz irgendein Mensch ist oder zu sein vermeinet, sondern die aufrichtige Mühe, die er angewandt hat, hinter die Wahrheit zu kommen, macht den Wert des Menschen. Denn nicht durch den Besitz, sondern durch die Nachforschung der Wahrheit erweitern sich seine Kräfte, worin allein seine immer wachsende Vollkommenheit besteht. Der Besitz macht ruhig, träge, stolz.“ (aus Lessing, „Eine Duplik“, Wolfenbüttel 1778)*

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

### **Beschluss:**

Die Niederschrift über die 12. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages am 08.12.2008 wird genehmigt.

## **TOP 4 Anfragen**

#### **TOP 4.1 Einwohnerfragestunde (§ 18 GO)**

Vorsitzender Hasselmann stellt fest, dass keine Anfragen von Einwohnern vorliegen.

#### **TOP 4.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)**

KAbg. Oesterhelweg fragt, ob aufgrund des Erfordernisses einer hohen Rücklaufquote eine Verlängerung der Antwortfrist auf die Abfrage zur Breitbandversorgung vorgesehen sei und welche Maßnahmen angestrebt würden, um die Rücklaufquote zu maximieren.

Landrat Röhmann antwortet, dass der Fragebogen zur Breitbandversorgung zwecks Erhöhung der Rücklaufquote neben der Veröffentlichung im „Wolfenbütteler Schaufenster“ kürzlich auch im „Samtgemeindeboten“ der Samtgemeinde Baddeckenstedt veröffentlicht worden sei. Des Weiteren erfolge eine zusätzliche Verteilung des Fragebogens durch die Verwaltungen der Samtgemeinden im Landkreis Wolfenbüttel. Ferner werde angestrebt, dass die vom Landkreis Wolfenbüttel teilfinanzierte Technologietransferberaterin der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel die Betriebe im Landkreis Wolfenbüttel hinsichtlich deren Breitbandversorgung befragt. Zudem werde im redaktionellen Teil der nächsten Ausgabe des „Wolfenbütteler Schaufensters“ abermals auf die Abfrage hingewiesen. In diesem Zusammenhang werde auch eine Verlängerung der Antwortfrist um circa eine Woche erfolgen. Eine Rücklaufquote in Höhe von 10 bis 15 Prozent hätte bereits eine erhebliche Aussagekraft.

KAbg. Seidenkranz fragt, warum entgegen einer entsprechenden Zusage keine Tischvorlage zum neuen Tagesordnungspunkt 10, sondern eine Tischvorlage zur Fusion des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Wolfenbüttel mit dem Regiebetrieb Tiefbau verteilt worden sei.

Landrat Röhmann antwortet, dass er zu diesem Thema im Rahmen des Tagesordnungspunktes „Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten“ Stellung beziehen werde.

KAbg. Kretschmer fragt, wie hinsichtlich eines Antrages des Herrn Jürgen Kumlehn zur Bezuschussung dessen Buches über jüdische Schicksale in Wolfenbüttel verfahren werde.

Landrat Röhmann antwortet, dass die Entscheidungszuständigkeit über den Zuschussantrag beim Landrat liege. Er werde den Kreistag und die Öffentlichkeit über die hierzu getroffene Entscheidung in Kenntnis setzen.

KAbg. Oesterhelweg fragt, ob angesichts der Überlegungen der Landesregierung, auch an integrierten Gesamtschulen das Abitur nach zwölf Schuljahren einzuführen, beabsichtigt sei, die landkreisseitige Elternbefragung diesbezüglich zu korrigieren oder eine weitere Befragung durchzuführen, da es sich hierbei um eine erhebliche Veränderung der Sachlage handele.

Landrat Röhmann antwortet, dass er keine Notwendigkeit sehe, vom Beschluss des Kreistages über Form und Inhalt der Befragung abzuweichen, da die von KAbg. Oesterhelweg benannten Überlegungen das Meinungsbild zur Gesamtschule nicht entscheidend beeinflussen würden.

KAbg. Oesterhelweg fragt, ob die Diskussion über eine etwaige Verwaltungs- und Gebietsreform weiterhin dergestalt geführt werden solle, dass man sich beim Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig über Hauptverwaltungsbeamte im Landkreis Wolfenbüttel beschwere. Ferner fragt er, ob die Möglichkeit bestehe, die Intensität der Diskussion zu mindern, um sicherzustellen, dass die Mitarbeiter der Landkreisverwaltung ohne diesbezügliche Belastungen weiterarbeiten könnten.

Landrat Röhmann antwortet, dass seine Einlassungen zu einer möglichen Verwaltungs- und Gebietsreform zu erheblicher Unruhe innerhalb der Landkreisverwaltung geführt hätten. Die Hauptverwaltungsbeamten im Landkreis Wolfenbüttel hätten vor wenigen Wochen untereinander diskutiert, welche Auswirkungen die Diskussion um eine etwaige Region Braunschweig auf ihre Zusammenarbeit habe. Man sei gemeinsam zu dem Ergebnis gekommen, dass keine positiven Auswirkungen feststellbar gewesen seien und die mangelnde Struktur und Koordination der Diskussion problematisch sei. Daher habe man eine gemeinsame Positionierung für wichtig erachtet. Die wichtigste gemeinsame Feststellung sei gewesen, dass diejenigen, die das Thema bisher diskutiert hätten, über keinerlei diesbezügliche Zuständigkeit verfügten. Daher stehe einem gemeinsamen Positionspapier der Hauptverwaltungsbeamten im Landkreis Wolfenbüttel der Appell voran, das Land Niedersachsen möge den Diskussionsprozess koordinieren. Die heutigen Strukturen seien mit jenen vor 50 Jahren nicht vergleichbar. So habe es damals beispielsweise noch kein Internet gegeben. Somit müsse geprüft werden, ob Änderungen der Wahrnehmung und Organisation öffentlicher Aufgaben möglich und nötig seien. Um die diesbezügliche Diskussion in Gang zu halten, hätten sich die Hauptverwaltungsbeamten im Landkreis Wolfenbüttel einvernehmlich mit dem in Rede stehenden Positionspapier geäußert. Wenn sich der Landkreis Wolfenbüttel nicht in die Debatte einschalte, müsse damit gerechnet werden, dass eine fremdbestimmte Positionierung erfolge. Dies dokumentiere der am 24. Februar 2009 in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung zitierte Vorschlag des Ministerpräsidenten Wulff, der Landkreis Wolfenbüttel möge mit dem Landkreis Helmstedt fusionieren. Ursächlich hierfür sei vermutlich eine wohlverstandene Fürsorgepflicht gegenüber dem Landkreis Helmstedt und die Tatsache, dass es seitens des Landkreises Wolfenbüttel noch keine Äußerung zu dieser Debatte gegeben habe. Landrat Röhmann erklärt, dass der Prozess geordnet werden müsse und er gemeinsam mit den anderen Hauptverwaltungsbeamten im Landkreis Wolfenbüttel Ministerpräsident Wulff schriftlich aufgefordert habe, die Diskussion zu koordinieren. Die Zeiten, in denen man die Diskussion schweigend an sich vorbeiziehen lassen könne, seien vorbei. So lobe das Land Niedersachsen Fusionsprämien aus und schlage ganz konkret die Fusion bestimmter Landkreise vor. Landrat Röhmann appelliert, die Mitarbeiter der Landkreisverwaltung sollten sich Veränderungen nicht verweigern. Er werde niemals zulassen, dass Arbeitsplätze beim Landkreis Wolfenbüttel dadurch gefährdet würden. Gleichwohl werde es Veränderungen geben. Hierbei wolle er die Mitarbeiter einbinden. Daher sei es nützlich, die Diskussion zum jetzigen Zeitpunkt zu führen.

*Die Pressemitteilung nebst Positionspapier der Hauptverwaltungsbeamten im Landkreis Wolfenbüttel ist dieser Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.*

KAbg. Oesterhelweg äußert, dass die Aufforderung an die Landesregierung, den Diskussionsprozess zu koordinieren, legitim sei. Aber durch die derzeitige Form der Auseinandersetzung und der Berichterstattung werde der Niedersächsische Innenminister regelrecht ermuntert, Vorschläge wie den der Fusion der Landkreise Helmstedt und Wolfenbüttel zu unterbreiten. Daher kritisiere er ausdrücklich die Art und Weise, wie sich Landrat Röhmann in dieser Angelegenheit öffentlich geäußert und damit die Belegschaft der Landkreisverwaltung mehr als verunsichert habe. Zwar sei es wichtig, die Diskussion zu führen. Jedoch müssten öffentliche Äußerungen mit mehr Sensibilität getroffen werden. Ferner müsse mit jenen gesprochen werden, die tatsächlich betroffen seien.

Landrat Röhmann erwidert, dass es ein Anliegen der Hauptverwaltungsbeamten im Landkreis Wolfenbüttel gewesen sei, sich in der Debatte gemeinschaftlich zu positionieren, da im Vorwege dessen der öffentliche Eindruck entstanden sei, dass es zu diesem Thema einen Streit zwischen ihnen gegeben hätte. Der Sprecher merkt an, dass er sich bis zu dem in Rede stehenden Positionspapier noch nicht öffentlich zum Thema Regionsbildung geäußert habe. Daher könne auch das Positionspapier nicht die Ursache für die Fusionsüberlegungen des Innenministers Schünemann sein. Bisher habe eine unstrukturierte über die Braunschweiger Zeitung geführte Diskussion stattgefunden, an der sich Protagonisten aus dem Landkreis Wolfenbüttel wenig beteiligt hätten. Somit könne hierin kein Anlass für die Fusionsvorschläge bestanden haben.

KAbg. M. Koch verliest einen Auszug aus der Braunschweiger Zeitung vom 19.02.2009, in dem Landrat Röhmann wie folgt zitiert werde: "Wir brauchen eine Stärkung der Kommunen", „Warum soll

man beispielsweise sein Auto nicht bei der Gemeinde anmelden können“, „Wenn das Wirklichkeit würde, was in unserem Positionspapier steht, bräuchte man keine Landkreise mehr.“ KAbg. M. Koch fragt, ob damit nicht bereits ein Ergebnis eines noch zu erstellenden Gutachtens vorweggenommen werde. Er fragt ferner, ob durch derartige Äußerungen nicht weitere Überlegungen der Landesregierung zur Auflösung der Landkreise angefacht würden. Weiter fragt KAbg. M. Koch Herrn Landrat Röhmann, ob dieser sich, unabhängig möglicher Aufgabenübertragungen auf eine Region und auf die kreisangehörigen Gemeinden, vorstellen könne, dass auch die Landkreise im Gegenzug derzeitige Aufgaben der kreisangehörigen Gemeinden erledigen könnten und damit Synergieeffekte erzielt und die Landkreise, zumindest soweit sie die Größenordnung des Landkreises Wolfenbüttel hätten, langfristig lebensfähig würden.

Landrat Röhmann antwortet, dass es die massive Forderung der Hauptverwaltungsbeamten im Landkreis Wolfenbüttel sei, dass die Landesregierung einen ergebnisoffenen Prozess koordine, an dem alle Verwaltungsebenen im Land Niedersachsen aktiv beteiligt würden. Daraufhin habe der Redakteur der Braunschweiger Zeitung gefragt, ob sich bei einem ergebnisoffenen Prozess nicht auch die Wegrationalisierung des Landkreises ergeben könne. Natürlich habe er dies bejaht. Andernfalls könne nicht von einer ergebnisoffenen Diskussion gesprochen werden. Landrat Röhmann fragt, in welcher Gemeinde des Landkreises Wolfenbüttel noch das in Artikel 28 des Grundgesetzes verbriefte Recht der kommunalen Selbstverwaltung praktiziert werden könne. Er fährt fort, dass er sich nicht vorstellen könne, dass der Landkreis Wolfenbüttel Aufgaben der Gemeinden übernehme. Indes sei das Gegenteil durchaus vorstellbar. Das müsse nicht den Wegfall der Landkreise nach sich ziehen. Von vorrangiger Bedeutung sei die Stärkung der Gemeinden. Die kommunale Allzuständigkeit beziehe sich nicht auf Landkreise. Viele Aufgaben des Landes Niedersachsen könnten kommunalisiert werden. Des Weiteren könnten viele derzeitige Aufgaben der Landkreise von den Gemeinden wahrgenommen werden. Ergebnisoffenheit bedeute, dass es künftig eine bessere administrative Organisation geben müsse. Dies könne auch den dauerhaften Fortbestand der Landkreise inkludieren. Daher werde er niemals leichtfertig einer Auflösung der Landkreise zustimmen. Wenn unter Berücksichtigung der Kriterien Bürgerorientierung, kommunale Selbstverwaltung und Wirtschaftlichkeit eine Organisationsstruktur ohne Landkreise vorteilhaft sei, dann könne er sich dem jedoch nicht widersetzen.

KAbg. Oesterhelweg entgegnet, dass die Fragestellung nicht darauf abzielte, dass Landrat Röhmann sein Amt zur Verfügung stelle. Vielmehr sei es darum gegangen, dass die Mitarbeiter der Landkreisverwaltung nicht durch wenig abgewogene Diskussionsbeiträge verunsichert werden dürften.

KAbg. M. Koch fragt, ob aufgrund der Tatsache, dass die bisherige Debatte zurzeit vorwiegend auf eine verfassungsrechtlich bedenkliche Regionsgründung abziele, nicht seitens der Landkreise und des Niedersächsischen Landkreistages Vorschläge eingebracht werden müssten, wie die Aufgabenerledigung gemeinsam mit den kreisangehörigen Gemeinden verbessert erfolgen könne. Im Übrigen müsse die Landesregierung viel deutlicher aufgefordert werden, staatliche Aufgaben auf die Landkreise zu übertragen. Hierzu bedürfe es eines Konzeptes.

**TOP 5      Besetzung des Jugendhilfeausschusses;  
Berufung eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes für  
die Vertreter der      Jugendverbände  
Vorlage: XVI-475/2008**

KAbg. Oberländer erläutert die Vorlage Nr. XVI-475/2008.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

Der Kreistag wählt auf Vorschlag des Kreisjugendrings Wolfenbüttel e.V. Frau Elisabeth Hauenschild, An der Meesche 4, 38312 Achim, zum stellvertretenden stimmberechtigten Mitglied des Jugendhilfeausschusses.

**TOP 6      Künftige Aufgabenwahrnehmung der Grundsicherung für  
Arbeitssuchende im Landkreis Wolfenbüttel;  
hier: Derzeitiger Verfahrensstand bezüglich der Neugestaltung der  
Organisationsstrukturen im Bereich des Sozialgesetzbuch Zweites  
Buch (SGB II)  
Vorlage: XVI-508/2009**

KAbg. Großer erläutert die Vorlage Nr. XVI-508/2009.

Ohne Aussprache erfolgt nachstehende

**Kenntnisnahme:**

Von der Vorlage Nr. XVI-508/2009 „Künftige Aufgabenwahrnehmung der Grundsicherung für Arbeitssuchende im Landkreis Wolfenbüttel“ wird Kenntnis genommen.

**TOP 7      Gewährung eines Kreiszuschusses an das Diakonische Werk der  
Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig e. V. zur Erstellung einer  
Studie "Handlungsorientierte Sozialberichterstattung für das  
Braunschweiger Land"  
Vorlage: XVI-509/2009**

KAbg. Großer erläutert die Vorlage Nr. XVI-509/2009.

Landrat Röhmann berichtet, dass das Diakonische Werk die avisierte Studie in der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit vorgestellt habe. In der am 02. März 2009 stattgefundenen Sitzung des die Studie steuernden Beirates habe er weitere Detailinformationen akquirieren können. Die Studie solle auf Basis bestehender Daten, die zusammenzuführen seien, erstellt werden. Die daraus abzuleitenden Schwerpunkte sollen mittels zweier Fragebogenaktionen vertiefend betrachtet werden. Ein Fragebogen werde sich an 150 Institutionen wie Kindertagesstätten, Wohlfahrtsverbände, Jugendämter und ähnliche wenden. In der zweiten Aktion würden 2.000 Bürger aus Betroffenenengruppen befragt. Hieraus würden Handlungsschwerpunkte ermittelt, die dem steuernden Beirat anschließend zur Kenntnis gegeben würden. Eine aktive und steuernde Mitwirkung des Landkreises Wolfenbüttel könne nur gewährleistet werden, soweit sich dieser auch finanziell an der Erstellung der Studie beteilige. Daher bitte er den Kreistag, der Beschlussempfehlung zu folgen.

KAbg. Wolf argumentiert, dass die Situation von beispielsweise Alleinerziehenden und älteren Bürgern auch ohne Erstellung einer entsprechenden Studie bekannt sei. Dies gelte auch für die Lage am Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Fraglich sei somit, ob aus der in Rede stehenden Studie neue Erkenntnisse abgeleitet werden könnten. Der vom Landkreis Wolfenbüttel zur Erstellung der Studie zu leistende Beitrag in Höhe von 15.000 Euro sei erheblich. Statt diese Summe für ein überflüssiges Gutachten zu verausgaben, sollten die Mittel eher unmittelbar zugunsten der entsprechenden Zielgruppen, beispielsweise sozial benachteiligte Schüler, eingesetzt werden. Daher rate er dem Kreistag, die Beschlussempfehlung abzulehnen.

KAbg. Brücher entgegnet, dass es nicht nur um die reine Datenerhebung gehe. Entscheidender sei die Analyse, wie die Betroffenen mit ihrer Situation umgingen und wie dies mit den sozialpolitischen Aufgaben der Kommunen verknüpft werden könne. Diese Erkenntnisse, welche sich spezifisch auf den Landkreis Wolfenbüttel bezögen, könnten lediglich mittels einer professionellen Studie gewonnen werden. Deshalb sei die Studie und eine finanzielle Beteiligung des Landkreises Wolfenbüttel an selbiger sinnvoll.

KAbg. Resch-Hoppstock ergänzt, dass auch die SPD-Fraktion der Beschlussempfehlung zustimmen werde. Die Studie werde fundierte Informationen und Handlungsempfehlungen, über die der Landkreis Wolfenbüttel derzeit noch nicht verfüge, liefern. Mit der zur Beratung stehenden Studie habe der Landkreis Wolfenbüttel die einmalige Gelegenheit, für einen relativ geringen finanziellen Beitrag wichtige Erkenntnisse aus einer regionalen sozialräumlichen Betrachtung zu generieren.

KAbg. Försterling führt aus, dass eine Sozialberichterstattung im klassischen Sinne, die bestehende Daten lediglich wiedergebe, nicht erforderlich sei. Die in Rede stehende Studie liefere jedoch gezielt sozialpolitische Handlungsempfehlungen für das Braunschweiger Land, deren Umsetzbarkeit alsdann zu prüfen sei. Daher sei die Studie vielversprechend und erhalte die Zustimmung der FDP-Fraktion.

KAbg. Sandte merkt an, dass in der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit Einigkeit darin bestanden habe, dass der Landkreis Wolfenbüttel konkrete sozialpolitische Entscheidungshilfen und Handlungsanweisungen aus einer entsprechenden Studie ableiten wolle. Hierbei könnten auch landkreisübergreifende Vergleiche notwendig werden. Daher dürfe sich der Landkreis Wolfenbüttel der Studie nicht entziehen. Hinsichtlich des Vorschlages des KAbg. Wolf führt KAbg. Sandte aus, dass eine auf zwei Jahre gestreckte Verteilung der Summe in Höhe von 15.000 Euro auf 1.500 Kinder einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 5 Euro pro Kind bedeute. Dies sei nicht viel. Mit der Teilfinanzierung der Studie trete der Landkreis Wolfenbüttel neuerlich in Ersatz für das Land Niedersachsen, dem diese Aufgabe eigentlich obliege. Zwar habe die niedersächsische Sozialministerin Ross-Luttmann erklärt, dass sie die sich aus der Studie ergebenden Erkenntnisse nutzen wolle, eine Teilfinanzierung seitens des Landes Niedersachsen erfolge allerdings nicht.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mit 27 Ja- und 19 Nein-Stimmen nachstehenden

#### **Beschluss:**

Der Landkreis Wolfenbüttel gewährt dem Diakonischen Werk der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig e. V. zur Erstellung einer Studie „Handlungsorientierte Sozialberichterstattung für das Braunschweiger Land“ in den Jahren 2009 und 2010 einen Zuschuss in Höhe von jährlich 7.500 Euro.

#### **TOP 8      Neufassung der Ermächtigung zur Gewährung von Sonderurlaub für Beamtinnen und Beamte sowie Beschäftigte Vorlage: XVI-514/2009**

KAbg. Bosse erläutert die Vorlage Nr. XVI-514/2009.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

#### **Beschluss:**

- I.            Der Kreistag ermächtigt den Landrat
  1.    a) gemäß der Niedersächsischen Sonderurlaubsverordnung (Nds. SUrIVO) in der jeweils geltenden Fassung Beamtinnen und Beamten und

b) gemäß den Regelungen des jeweils geltenden Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) Beschäftigten

des Landkreises Wolfenbüttel Sonderurlaub zu gewähren.

2. Der Landrat wird beauftragt, jährlich über die stattgegebenen Anträge auf Gewährung von Sonderurlaub, die nicht Dienstjubiläen, Musterungen, Geburten betreffen, dem Kreisausschuss zu berichten.

II. Der Beschluss des Kreistages vom 26.07.1971 zur Gewährung von Sonderurlaub für Beamte, Angestellte und Arbeiter wird aufgehoben.

**TOP 9 Über- und außerplanmäßige Ausgaben vom 18.10.2008 bis zum 14.01.2009**  
**hier: Unterrichtung gemäß § 65 NLO i.V.m. § 89 Abs. 1 Satz 4 NGO**  
**Vorlage: XVI-505/2009**

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage Nr. XVI-505/2009.

Ohne Aussprache erfolgt nachstehende

**Kenntnisnahme:**

Von den vom 18.10.2008 bis zum 14.01.2009 geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben, wie sie sich aus der Anlage zur Vorlage Nr. XVI-505/2009 ergeben, wird Kenntnis genommen.

**TOP 10 Konjunkturpaket II - Sachstandsbericht des Landrates und Abstimmung des weiteren Vorgehens im Kreistag und seinen Ausschüssen**

KAbg. Brücher führt aus, dass die Bündnis 90 / Die Grünen-Fraktion den Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung gestellt habe, um einen Bericht zum derzeitigen Sachstand bezüglich der Umsetzung des Konjunkturpaketes II im Landkreis Wolfenbüttel seitens des Landrates zu erbitten und ferner innerhalb des Kreistages das weitere Verfahren in dieser Angelegenheit zu beraten.

Landrat Röhmann berichtet, dass mit dem Konjunkturpaket II Zuschüsse des Bundes in Höhe von 600 Millionen Euro durch das Land Niedersachsen an die Kommunen durchgeleitet würden. Die Mittel sollten mit einem Anteil von 65 Prozent für Investitionsmaßnahmen im Bereich der Bildung verausgabt werden. Ferner habe das Land Niedersachsen im Rahmen des Konjunkturpaketes II folgende weitere gesonderte Fördergegenstände ausgewiesen: Schulinfrastruktur, Breitbandversorgung, kommunale Sportstätten, Krankenhäuser, Binnenhochwasserschutz, Altlastensanierung. Der Bund und das Land Niedersachsen hätten den Kommunen Handlungsempfehlungen zugeleitet, die einen schnellen und unbürokratischen Umgang mit dem Konjunkturpaket II ermöglichen sollten. Überraschend sei indes der kürzlich erfolgte Hinweis des Niedersächsischen Innenministeriums gewesen, dass der Bund den Ländern nur in den Bereichen Finanzhilfen zukommen lassen dürfe, für die dieser über Gesetzgebungskompetenzen verfüge. Da der Bund für den Bildungsbereich grundsätzlich nicht gesetzgebungskompetent sei, könnten hierbei nur im Rahmen energetischer Sanierungen Zuschüsse gewährt werden. Damit seien die

Umbaumaßnahmen an der Haupt- und Realschule in Sickte im Rahmen des Konjunkturpaketes II förderfähig. In Absprache mit den Vorsitzenden der Kreistagsfraktionen schlage er folgendes Verfahren vor: Die Landkreisverwaltung werde mögliche im Rahmen des Konjunkturpaketes II zu fördernde Maßnahmen eruieren, bewerten und alsdann den politischen Gremien vorlegen. In der Sitzung des Kreistages am 04. Mai 2009 werde er unter einem entsprechenden nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt oder in einer sich direkt an die Kreistagssitzung anschließenden interfraktionellen Sitzung den Entwurf des Nachtragshaushaltes vorstellen. Dieser solle in einer am 18. Mai 2009 um 17.30 Uhr anberaumten Sitzung des Kreisausschusses und einer für den 18. Mai 2009 um 19.00 Uhr geplanten Sitzung des Kreistages abschließend beraten werden. Die Vorsitzenden der Kreistagsfraktionen hätten diesem Verfahren zugestimmt. Das Niedersächsische Innenministerium habe bereits in Aussicht gestellt, dass Nachtragshaushalte, deren Änderungen lediglich das Konjunkturpaket II betreffen, in kurzer Frist genehmigt würden. Ebenso werde der Landkreis Wolfenbüttel als Kommunalaufsicht gegenüber seinen kreisangehörigen Kommunen verfahren.

#### **TOP 11    Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)**

Landrat Röhmann berichtet, dass er dem Kreistag vorschlagen werde, den Regiebetrieb Tiefbau mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Wolfenbüttel zu fusionieren. Da der Regiebetrieb Tiefbau in der Zuständigkeit des in Kürze tagenden Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Sicherheit liege, habe er zur Sicherstellung der Vorbereitung im Vorwege der noch erfolgenden Versendung der entsprechenden Vorlage Nr. XVI-531/2009, diese bereits als Tischvorlage in der 13. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages verteilen lassen.

Vorsitzender Hasselmann schließt die Sitzung um 19.10 Uhr.

Vorsitzender

Protokollführer/in